



Detailansicht des Regelungsvorhabens

Keine Aussetzung des Familiennachzugs für subsidiär Schutzberechtigte

Aktuell seit 18.02.2026 16:11:54

Angegeben von:

International Refugee Assistance Project Berlin gGmbH (R006442) am 29.07.2025

Beschreibung:

Im Rahmen der öffentlichen Anhörung im Innenausschuss des Deutschen Bundestags am 23. Juni 2025 zum Entwurf eines Gesetzes zur Aussetzung des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten spricht IRAP Europe sich gegen die Aussetzung aus und plädiert für die Einhaltung grund- und menschenrechtlicher Vorgaben. Durch Einführung einer Stichtagsregelung sollen Personen von der Aussetzung des Familiennachzugs ausgenommen werden, denen bereits der subsidiäre Schutzstatus erteilt wurde. Auch während der Aussetzung soll effektiver Zugang zu Einzelfallüberprüfungen nach den Vorgaben des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte und des Bundesverfassungsgerichts gegeben sein.

Zu Regelungsentwurf

1. Bundestags-Drucksachenummer:

BT-Drs. 21/321 (Vorgang) [\[alle RV hierzu\]](#)

Entwurf eines Gesetzes zur Aussetzung des Familiennachzugs zu subsidiär
Schutzberechtigten

Betroffene Interessenbereiche (2)

Asyl und Flüchtlingsschutz [\[alle RV hierzu\]](#)

Ausländer- und Aufenthaltsrecht [\[alle RV hierzu\]](#)

Zu diesem RV abgegebene grundlegende Stellungnahmen/Gutachten (1)

1. SG2507240029 (PDF - 13 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 19.06.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]